

Bezugspreis:

Wochenblatt 30.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., einjährig 120.- M., halbjährig 60.- M., vierteljährig 30.- M. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Elsaßgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 20.- M., für das übrige Ausland 25.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimkehr“ und der Beilage „Erdkunde und Kleinanzeigen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Redaktion Moriphan 15195-97

Expedition Moriphan 11753-54

Mittwoch, den 24. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moriphan 11753-54

Die Verhandlungen mit Amerika.

Washington, 23. August. (Reuter.) Die erste amtliche Befragung der Berliner Meldungen, wonach Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag schweben, kam heute aus dem Staatsdepartement. Es wurde zugegeben, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden, und hinzugefügt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in vorläufiger Weise geführt werden könnten. Eine endgültige Vereinbarung könne, so wurde mitgeteilt, vor dem Wochenende erwartet werden.

Nach einer Pariser Meldung von „Est Europe“ wurde der „Chicago Tribune“ aus Washington telegraphiert: Nach einer Kabinetts-Sitzung wurde gestern die erste autoritative Erklärung bezüglich der Natur der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abgegeben. Es wird bekannt, daß ein vollständiger Friedensvertrag zu erwarten sei, der alle Maßnahmen für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern voraussetze. Die amerikanische Regierung ist nicht geneigt, sich um die Kritik zu kümmern, die erhoben wurden, weil die Verhandlungen mit Deutschland geheim geführt worden seien.

Nach der spanischen Ablehnung.

Paris, 23. August. (W.T.B.) Die Agence Havas veröffentlicht folgende Erklärung: Welches auch die Beweggründe gewesen sind, die Quinones de Leon veranlaßt haben, die Berichtserstattung über die obersteleische Frage abzusehnen, sie können in keiner Weise die Prüfung der Streitfrage irgendwie verzögern. Es ist überflüssig zu erklären, daß noch keine Entscheidung über die Wahl eines Nachfolgers getroffen worden ist. Jeder Name, der im Augenblick hierfür genannt werden sollte, kann nur reine Erfindung sein. In diplomatischen Kreisen erklärt man, daß Wikomte Joffe die Ablehnung von Quinones de Leon nicht als endgültig betrachtet.

Paris, 24. August. (W.T.B.) Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, ist nach mehreren Besprechungen zwischen den in Paris anwesenden Mitgliedern des Völkerbundes ein Schritt bei Quinones de Leon unternommen worden, um ihn zur Zurücknahme seiner Ablehnung zu veranlassen.

Ueberraschung in Paris.

Paris, 24. August. (W.T.B.) Wie der „Matin“ meldet, hat die Ablehnung des Berichtserstatters durch den spanischen Botschafter eine große Ueberraschung hervorgerufen. Es scheint sicher, daß die neue spanische Regierung ihrem Botschafter den kategorischen Rat gegeben hat, sich nicht allzu aktiv in die Regelung des obersteleischen Problems zu mischen. Der „Matin“ befürchtet, daß diese Ablehnung das Programm der Genfer Sitzung stören könnte. Ein neuer Berichtserstatter sei amtlich noch nicht in Aussicht genommen.

London, 24. August. (W.T.B.) Der diplomatische Berichtserstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die auf Veranlassung der spanischen Regierung erfolgte Weigerung des Senators Quinones de Leon, das Amt eines Berichtserstatters für den Völkerbund in der obersteleischen Frage zu übernehmen, ist außerordentlich bedauerlich. Die Ablehnung ist wohl auf die üblichen Andeutungen zurückzuführen, die in der deutschen Presse (?) bezüglich der mutmaßlichen Haltung des spanischen Diplomaten erschienen sind und die die französische Presse zu scharfen Äußerungen veranlaßt haben. Die spanische Regierung befürchtet anscheinend, daß sie sich durch eine Beteiligung an der obersteleischen Grenzstreitfrage Feindschaft zuzieht. Der Berichtserstatter des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß infolge der Weigerung des spanischen Berichters im Völkerbundrat nur noch zwei Mitglieder vorhanden seien, die in der Lage seien, die unparteiliche Stellung eines Berichtserstatters zu übernehmen, nämlich der belgische (!) Vertreter und der Brasilianer da Cunha.

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe die Ansicht ausgesprochen und begründet, daß der belgische Vertreter diese unparteiliche Rolle nicht spielen kann. Von „üblichen Andeutungen“ in der deutschen Presse über den Botschafter Quinones de Leon ist uns nichts bekannt. Indessen ist es klar, daß der Pariser Botschafter einer fremden Macht — gleichviel welcher Macht — als Berichtserstatter des Völkerbundes in eine recht heikle Situation geraten wäre, zumal die französische Presse sehr leicht dazu neigt, jeden Menschen, der nicht den französischen Standpunkt vertritt, zu beschimpfen und zu „verdächtigen“. Und das dürfte eben der Grund sein, weshalb sich Quinones de Leon „krank gemeldet“ hat.

Auch Joffe will den Vorfall niederlegen?

London, 24. August. (W.T.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ zweifelt daran, daß der japanische Delegierte beim Völkerbundrat, Graf Joffe, als Vorsitzender bei der Behandlung der obersteleischen Frage auftreten wird. Er meint, daß die Rolle des Präsidenten dem jungen begabten chinesischen Gesandten in London, Wellington Koo, zufallen wird.

Um die Sanktionen.

Adm. 24. August. (W.T.B.) Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Gebietes hat in seiner heutigen Vollversammlung, die von Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks vollständig besucht war, zu der Rote der Obersten Rates über die Aufhebung der Sanktionen wie folgt einstimmig Stellung genommen:

Der Wirtschaftsausschuss legt aufs schärfste dagegen Verwahrung ein, daß der Oberste Rat in seiner Sitzung vom 13. August nicht völlige Aufhebung der mit dem Friedensvertrag und der Annahme des Londoner Ultimatus unvereinbaren Sanktionen beschlossen hat, sondern nur die wirtschaftlichen Sanktionen und diese nur unter neuen schweren Bedingungen aufheben soll. Das besetzte Gebiet muß eine restlose Aufhebung aller, auch der drückenden militärischen Sanktionen fordern. Mit den an die teilweise Aufhebung geknüpften Bedingungen kann sich der Wirtschaftsausschuss unter keinen Umständen einverstanden erklären. So schwer alle Wirtschaftskreise, Unternehmer wie Arbeiter, im besetzten und im freien Deutschland unter der Zollgrenze am Rhein leiden, so erfordert doch das Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft, daß wir nicht zu Maßregeln unsere Zustimmung geben, wie sie in der Rote des Obersten Rates enthalten sind. Die dort geforderte internationalisierte Kontrolle der Ein- und Ausfuhr und die Gutheißung aller auf Grund der Sanktionen im besetzten Gebiet getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen räumt den Alliierten dauernde Einflüsse auf die deutsche Wirtschaftspolitik ein, die im Friedensvertrag keine Grundlage finden und zu unerträglichen und mit der Selbständigkeit des Deutschen Reiches unvereinbaren Eingriffen führen werden. Der Wirtschaftsausschuss richtet daher an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die geforderten Bedingungen abzulehnen und Verhandlungen nur im Sinne völliger Beseitigung der Sanktionen zu führen.

Der betreffende Wirtschaftsausschuss ist lediglich eine Zusammenfassung der Unternehmerorganisationen. Dies festzustellen ist notwendig in Anbetracht der aufgeregten Tonart dieser Kundgebung und weil durch eine Stelle der Resolution der Anschein erweckt werden könnte, als wären auch die Interessen und Ansichten der Arbeiterschaft in diesem „Wirtschaftsausschuss“ vertreten.

Ueber den verlagswidrigen Charakter der Sanktionen bestehen im deutschen Volke ebenso wie in den Meinungsverschiedenheiten, wie über deren folgenschwere Nachteile für das Wirtschaftsleben der besetzten und unbesetzten Gebiete. Deshalb sind auch wir Sozialdemokraten für die restlose Aufhebung aller Sanktionen. Das gestern noch verhängte Verbot unseres Duisburger Parteiorgans, der „Volksstimme“, durch die dortige französische Besatzungsbehörde — das übrigens gerade wegen des Abdrucks eines Artikels über die Frage der Sanktionen erfolgte — ist ein neuer Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft in der Beurteilung der Sanktionen hinter keiner anderen Richtung zurückbleibt.

Indessen muß man sich sehr überlegen, ob der vom Wirtschaftsausschuss geforderte Weg der schroffen Ablehnung der in Briand's Begleitschreiben mitgeteilten neuen Bedingungen der richtigste und zweckmäßigste ist. In den gegenwärtigen Zeiten muß sich die deutsche Außenpolitik in den meisten Fragen auf den Grund des „kleineren Übels“ einstellen. Und darüber besteht wohl kein Zweifel, daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen selbst unter den durch den Obersten Rat formulierten Bedingungen das kleinere Übel im Vergleich zu der weiteren Aufrechterhaltung der drückenden Zolllinie am Rhein bedeuten würde. Dies auszusprechen halten wir um so mehr für unsere Pflicht, als wir in der „unentwegten“ Kölner Kundgebung einen Versuch reaktionärer Unternehmerorganisationen erblickten, eine „Riesendeckelung“ künstlich zu erzeugen und damit im Interesse der Agitation der Rechtsparteien, die hinter den Unternehmerorganisationen zu stehen pflegen, der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Serrati gegen Moskau.

Rom, 23. August. In Beantwortung eines Aufrufes der Moskauer Exekutive, der das italienische Proletariat vor das Dilemma Moskau oder Amsterdam stellt, veröffentlicht Serrati eine Erklärung, die nach ihm von allen Mitgliedern der Partei-leitung gebilligt worden ist. In dieser greift er die Kommunisten an und sagt, in Moskau gebe es nur Russen und ganz geringe Minderheiten von Nationen zweiten Ranges, die von ihren eigenen Organisationen verleugnet würden.

Die italienischen Sozialisten seien der Überzeugung, daß man den Arbeitern die volle Wahrheit sagen müsse. Serrati erinnert an die von Moskau gegebenen unerfüllbaren Versprechen, darunter an dasjenige, daß Rußland das revolutionäre Italien mit Lebensmitteln versorgen würde.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompattezeile kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1,50 M. (jeweils zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellengeld und Schließelangelegenheiten das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Ehevermittler 2.- M. Die Briefe verbleiben sich einschließlich Teuerungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2, abgegeben werden. Schlußtag von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Sowjetkapitalismus.

Von Paulus Frey.

Eigentlich müßte die Ueberschrift lauten: „Wiederaufleben des Handels mit Rußland“, denn zurzeit wird sehr wenig von dort exportiert, während der Import, besonders durch ausländische Bestellungen der Sowjetregierung sichtlich wächst.

Lenin hat zum Eingang seiner Pläne zurückkehren und den Handel wieder freigeben müssen. Das bolschewistische Gewaltexperiment hat nicht Segen und Ruhe, nicht die Befreiung des Proletariats, sondern Niedergang und Ruin in Rußland gezeitigt. Krassin trägt sich mit dem Gedanken, eine Sowjetbank in London zu gründen und durch dieses Institut eine internationale Anleihe für Rußland von, wie es heißt, nicht weniger als 300 Millionen Pfund Sterling auszusuchen.

Schon heute hoffen deutsche Großindustrielle, daß ein gut Teil dieses Geldes später für russische Aufträge in ihre Taschen fließen wird.

Man kann heute wohl feststellen, daß unser mit Rußland getroffenes Handelsabkommen noch keine großen Veränderungen in dem gegenseitigen politischen Verhältnis hervorgerufen hat. Vielleicht wird die nunmehr unternommene Hilfsaktion zu einer besseren Verständigung führen. Das wäre wohl zu wünschen, denn unser Ueberseehandel wird durch fremde Zollmaßregeln und immer noch andauernde Abneigung und Schwierigkeiten des Auslandes stark behindert.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Parisien“ erklärte Krassin noch vor wenigen Wochen, daß der Wiederaufbau des russischen Innen- und Außenhandels sehr rasch vor sich gehen werde, denn der Hunger des Großkapitals nach den Bodenschätzen Rußlands, die teilweise durch KonzeSSIONen an das Ausland vergeben werden sollen, sei groß. Bis Ende Juni machte nach Krassins Angaben die Sowjetregierung im Auslande folgende Bestellungen: in Großbritannien für 5 Millionen Pfund Sterling, in Schweden für 50 Millionen Kronen, in Deutschland für 3 Milliarden Papiermark, in den Vereinigten Staaten von Amerika für 10 Millionen Dollar. Er wies aber darauf hin, daß die Bestände der russischen Goldreserve natürlich nicht über ein gewisses Maß hinaus in Anspruch genommen werden könnten.

Nur wenige der in Aussicht gestellten KonzeSSIONen sind bislang vertraglich festgelegt, aber eine ganze Reihe von Verträgen wird wohl demnächst durch gegenseitige Unterzeichnung rechtskräftig werden.

„Sowd“, so fuhr Krassin fort, „wird sich ein großes, internationales Konsortium bilden, um die Bodenschätze Rußlands auszunutzen und dadurch der Sowjetregierung die Möglichkeit zu geben, die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten zu überwinden und Ruhe und Zufriedenheit in den Hütten einkehren zu lassen. Die Kapitalisten können der Sowjetregierung volles Vertrauen entgegenbringen, denn noch niemals hat unsere Regierung denjenigen Menschen Unrecht getan, die Verträge mit ihr abschließen.“

Krassin gibt zu, daß die nächste Zukunft Rußlands vornehmlich von dem Ausfall der Ernte abhängt. Ein Vorteil Sowjetrußlands sei, daß es keine Staatsschulden und keine finanziellen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber habe. Lenin habe niemals geglaubt, daß Rußland, auf sich selbst angewiesen, existieren könne. Lenins Hoffnung sei eine allgemeine Weltrevolution gewesen, an die ja aber leider in der nächsten Zukunft nicht mehr zu denken sei.

Nun braucht man ja die Worte des handelspolitischen Vertreters Rußlands nicht durchweg für bare Münze zu nehmen, denn man soll sich dabei immer vor Augen halten, daß die Macht haben in Moskau bei dieser Liebhäufigkeit mit dem westeuropäischen und amerikanischen Großkapitalismus verflochten nach der Devise handeln: „Der Zweck heiligt die Mittel!“

Zweifelloso läßt sich aber die Tatsache registrieren, daß in Rußland, besonders in den letzten Monaten, ein ganz bedeutender Umschwung eingetreten ist, und man dort heute geneigt ist, dem Großkapital Tür und Tor zu öffnen. Welche Wendung durch Lenins Fügung!

In der „Revue de Genève“ beschäftigt sich der tschechoslowakische Staatspräsident Masaryk mit dem Bolschewismus und sagt unter anderem:

„Die Bolschewisten sind für eine Revolution um jeden Preis, aber die Sozialisten der westlichen Länder und insbesondere die Sozialdemokraten widerstehen sich den revolutionären Methoden der Russen. Es ist wahr, daß Marx und Engels an eine unmittelbar bevorstehende, endgültige Revolution und an den dadurch bedingten Zusammenbruch des Kapitalismus glaubten. Im kommunistischen Manifest wurde erklärt, daß Deutschland sich am Vorabend einer Bourgeoisie-revolution befände, die alsbald eine proletarische Revolution zur Folge haben würde. Später aber haben wir gesehen, daß die Auffassung der damaligen Weltlage nicht zutreffend war. Daher verlagerten sie von Zeit zu Zeit ihre vorausgesagte Revolution bis sie schließlich die Idee zunächst aufgaben.“

Masaryk bezeichnet dann Marx und Engels als politische Visionäre, die vom wissenschaftlichen, evolutionären Geiste befeelt waren. Die Bolschewisten dagegen bezeichnet er als Ab-

Ballonspiele am dem Raschelfesttage. Der Regierunqspräsident in Frankfurt a. M. hat die vom Raschelfesttage geklebten Ballonspiele genehmigt. Sie waren dem Genjurier Raschelfest verboten worden.

Wittmannsperfer für einen tüchtigen Dichter. Die Wiener Zeitung schreibt, daß der berühmte Dichter Kralitz endlich seines Faches würdig geworden sei. Er habe in den Beiträgen von einer Reihe von Dichtern einen ausgezeichneten Beitrag geliefert.

Der Verfassung liegt eine Resolution vor, in der die notwendigen Neuerungen festgelegt sind. Die Bestimmungen für die nicht versicherten Angehörigen sollen vom Versorgungsamt, dahingegen die Krankenpflege und Krankenhauspflege von den Krankenkassen geleistet werden. Die Versicherten dürfen nicht schlechter gestellt werden als die Angehörigen. Die Kassen haben auch zu sorgen über den militärischen Geist, der oft von den Versorgungsämtern getilgt werde. Man suche oft nach alter preussischer Art die Kassen zu bevormunden. Die Entscheidung kommt zur einstimmigen Annahme.

Es spricht sodann Landtagsabgeordneter Schölich-Breslau über die Regelung der Anstellungsbedingungen der Kassenangehörigen. Mit dem Zentralverband der Angehörigen ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Sein Zweck war die Vereinheitlichung der einschlägigen Einrichtungen. Viele Kassen haben sich aber nicht nach den zentralen Bestimmungen gerichtet. Es sei deshalb schon gefordert worden, den Tarifvertrag aufzuheben. Das sei nun nicht möglich. Man müsse vielmehr auf strengere Einhaltung der Vereinbarungen hinwirken. Redner bespricht dann die vom preussischen Wohlfahrtsminister verfügte Anwendung des bekannten Sperrgesetzes auf die Krankenkassen. Man habe hiergegen eingeklagt, bisher aber ohne Erfolg. Die Oberverwaltungsämter sehen daher streng darauf, daß die Kassen keine Anstellungsbedingungen in Dienstordnungen aufnehmen, die über die Reichsbestimmungen hinausgehen. Redner bespricht auch die Stellung der Betriebsräte in den Krankenkassenverwaltungen.

Hier und da glauben diese, gewissermaßen eine Oberinstanz über den Kassenverband zu sein. Die Kassen seien aber auf dem Selbstverwaltungsrecht der Versicherten aufgebaut. In der Aussprache wird nochmals die Frage des Weiterbestehens des Tarifs erörtert. Reichstagsabgeordneter Gabel tritt für Fortführung der Arbeitsgemeinschaft ein. Es sei aber auch Ehrenache jeder Kasse, den Vertrag abzuschließen. Weitere Redner wenden sich gegen die Beschränkung der Selbstverwaltung der Kassen, die in der verlangten Anwendung des Sperrgesetzes liegt. Gegen eine ziemliche Minderheit wird die Aufrechterhaltung des Tarifs beschlossen.

Heber die Neuregelung des Hebammenwesens berichtet Landtagsabgeordneter Mayer-Solingen: Mit der Einführung der Reichswochenhilfe sei die Befestigung großer Mischstände eingebrochen worden. Bis dahin mußten viele Frauen ihre schwere Stunde ohne den Beistand einer Hebamme übersehen. Wir halten eine noch weitergehende Mutterkassenhilfe für eine dringende Notwendigkeit. Die dafür notwendigen gesetzlichen Bestimmungen sind, um eine Einheitlichkeit zu erreichen, auf reichsrechtlicher Grundlage zu erlassen. Solange das Reich dieser Verpflichtung nicht nachkommt, ist es von den Mitgliedern zu verlangen. Die Hebammen müssen über das ganze Land gleichmäßig verteilt werden, und es ist dafür zu sorgen, daß sie eine ausreichende Existenz haben. Es sei ihnen ein Grundgehalt und für jeden Entbindungsfall ein Zuschlag zu zahlen. Ihre Ausbildung müsse verbessert werden. Nach weiterer Aussprache, in der sich besonders Hebamme Fischer aus Reutlingen für die Neugestaltung einsetzt, wird die Entscheidung angenommen.

Der dritte und letzte Tag der Verhandlungen bringt als wichtigsten Beratungsgegenstand die Arznei- und Heilmittelversorgung der Kassen. Der Referent, Verbandsgeschäftsführer Lehmann-Dresden, weist insbesondere auf die gewaltige Verzerrung der Heilmittel seit dem Kriege hin. Es bestehe zweifellos ein Arzneimangel. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Kassenkosten für Heilmittel zu vermindern, müssen unterstützt werden. Viele Kranke wollen immer vom Arzt etwas „verschrieben“ haben. Dem muß entgegengearbeitet werden. Einzufragen ist auch eine Nachprüfung der Verordnungen und ihrer Berechnung von den Apotheken. Vor allem muß die Selbstabgabe der Heilmittel von den Kassen organisiert werden. Am zweckmäßigsten ist es, wenn die Kassen die Heilmittel im großen einkaufen. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen besitzt eine solche Heilmittelvertriebsgesellschaft.

Die muß in jeder Weise gefördert werden. Die Kassen eines Ortes können gemeinsam eine Abgabestelle einrichten. Ohne die Krankenversicherung wäre der Konsum an Heilmitteln nicht halb so groß. Trotz aller Beschränkung des Verbrauchs von Heilmitteln durch die Kassenverwaltungen sind deren Ausgaben für diese Heilmittel auf jetzt 28 M. pro Mitglied und Jahr gestiegen. Man braucht heute für Heilmittel fast soviel wie für die ärztliche Behandlung. Die Ärzte müssen veranlaßt werden, billigere Heilmittel zu verordnen, indem sie dieselben Wirkungen haben wie unnütz teure. Die Selbstabgabe der im freien Verkehr vorhandenen Heilmittel durch die Kassen ist zur Notwendigkeit geworden, nachdem die Apotheken nicht infolge waren, die Krankenkassen vor Überforderung zu schützen. Eine vorgelegte Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten fordert noch eine Reihe von Maßnahmen von der Gesetzgebung, wie Erweiterung der Zahl der Handverkaufsstellen. Redner weist nochmals auf die als gemeinnützigen Unternehmen mit dem Hauptverband der Ortskrankenkassen geschlossene Heilmittelvertriebsgesellschaft hin. Ein Redner aus Bayern teilt mit, daß dort bereits eine Einkaufsgesellschaft der Krankenkassen besteht, die gut funktioniert. Die Entscheidung wird angenommen.

Anwesend sind 664 Kassenvertreter von 500 Kassen mit 6 1/2 Millionen Versicherten, und zwar

184 Arbeitgeber, 385 Versicherte und 395 Angestellte.

Da die Ausgaben des Verbandes gestiegen sind, wird der Beitrag auf 7 Pf. pro Jahr und Kassenmitglied erhöht.

Die Verbandsvorstandswahl wird im nächsten Jahre vorgenommen, da bei den meisten Kassen noch keine Neuwahl der Kassenvorgänger erfolgt ist. Als Ort der nächsten Tagung wird Karlsruhe und München vorgeschlagen und die Entscheidung dem Hauptverband überlassen.

Damit war die Tagung beendet.

Merkwürdige Geldfälschungen. Zu dieser in Nr. 391 (erste Seite) gedruckten Notiz erhalten wir folgende Zuschrift: „Es ist nicht der einzige Fall, wonach Fälschungen von Privatbanken herausgegeben sind. So hat u. a. erst kürzlich die Firma Wolf u. Ruche in Magdeburg Einmalkscheine, die Firma Wichmann, Unterpostamtzentrale in Hamburg, Steindamm 119, Scheine zu 50 und 75 Pf. herausgegeben. Man verleiht ausschließlich diese Scheine unter die Sammler zu bringen und erhält dadurch ein schönes Stück Geld zu verdienen. Alle diese herausgegebenen Scheine sind nicht einmal nummeriert, so daß der Umfang der Herausgabe gegebenfalls nicht einmal festgestellt werden kann. Da dieser Umfang anfängt Schule zu machen und bereits aus allen Teilen Deutschlands die Herausgabe solchen Papiergeldes gemeldet wird, wäre ein baldiges Verbot der Reichsregierung am Platze. (Unseres Wissens ist die unbesugte Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber schon nach den heutigen Gesetzen strafbar, so daß ohne weiteres eingeschritten werden kann. Red. d. B.) Was sagt übrigens die Steuerbehörde zu diesem mühsam erworbenen Einkommen?“

Wenigstens nicht in Uniform. ... Ein Ersatz des Reichswehrministeriums berichtet dem allwissenden Reichswehr, an dem vom „Nationalverband deutscher Offiziere“ und dem „Bund nationaler Soldaten“ veranstalteten „Frontkampftag“ teilzunehmen, — wenigstens in Uniform. Als ohne Uniform ist die Teilnahme an der Feier den beiden Korporationen gestattet, die in der Reichswehr — wenigstens formell — verboten sind und ganz offen nationalsozialistische Propaganda betreiben. Herr Schöler sagt dafür, daß sein berühmter Neutralitätsvertrag nach rechts nicht zur Auswirkung kommt.

Groß-Berlin

Die Marseillaise.

Gleich vielen anderen will ich dem Drehorgelspieler dankbar sein, der dieses Lied spielte: die Marseillaise. Schon in der Ferne liegen mich die Töne an. Ich hatte mich nicht getraut: wuchtig baute sich der Rhythmus des Liedes in mir auf und ließ den ganzen Menschen singen:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unsrer Ehre steht zuhauf. . .

Und das sprang aus einer Drehorgel in den Abend hinein, über die Menschen hinweg, und griff hier und da in ihre Herzen und ließ sie aufjubeln in ihrer Freude. Dankbar ließ es die Menschen sein und sie gingen heran an den Drehorgelspieler und warfen ihre Münzen in den Blechtopf. Es war ein Soldat. Wohlgerichtet: es war ein Soldat, wie sie uns heute so oft gegenüberstehen. Lang, bloß, hager, in seiner selbstgrauen Uniform, eine abgenutzte blaue Mütze auf dem Kopf, unter deren zerbrochenem Schirm zwei leidvolle Augen hervorblitzten. In ihnen liegt und leuchtet seltsam das Weh, das aus einer verborgenen Wunde heraufsteigt. So war auch dieser Mensch. Und dennoch: eine Verkündung lag in ihm. Unablässig drehte er die Kurbel und das Lied der Republik schwang sich empor, mit vollen, dunklen Schwingen. Arbeiter hörten es und in ihnen entzündete sich das Feuer der Begeisterung, aus deren Flammen heiß und groß die Gewißheit weht: wir werden es schon schaffen, trotz alledem!

Hinter der Drehorgel aber stand der Mensch, der von der alten Welt gleich ungezählten Tausenden seine Wunden empfangen hatte und der seine Not bis an die Schwelle der neuen Zeit trug, um den Jungen auf seine Art ein unablässiger Mahner zu sein.

Der Moabiter Park in Gefahr!

Der große Park in der Berliner Straße Alt-Moabit, gegenüber dem Kriminalgericht, der sich tief in den Häuserblock zwischen Spener-, Melancthon- und Paulstraße hineinschiebt, soll, wie berichtet wurde, mit einem Parkpostamt bebaut werden.

Es handelt sich hier um einen schönen alten Park, dessen herrlicher Baumbestand von Eichen, Buchen, roten Kaskarien schon mehr als 100 Jahre steht. Bisher ist noch in letzter Stunde die Möglichkeit vorhanden, die zuständigen Stellen davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, solche Parks inmitten einer Großstadt zu erhalten. Es liegt gar kein Grund vor, gerade hier ein Parkpostamt hineinzubauen; in unmittelbarer Nähe, an der Rathenower Straße, liegen die großen Grundstücke der früheren Kasernen des 4. Garderegiments und des Infanterieregiments. In beiden Kasernen gehören sehr große Gärten, und hier wäre ohne weiteres Platz für jeden gewünschten Postbau. Auf dem Parkgrundstück in der Straße Alt-Moabit, das früher Sitz des Generalkommandos des Garderegiments war, steht eine alte schöne Villa mit Nebengebäuden aus der Zeit nach Schinkel; sie soll angeblich zur Wohnung eines höheren Postbeamten ausgebaut werden. Selbst wenn man diese Verwertung des schönen Baus gutheißt, braucht das Parkpostamt noch nicht in unmittelbarer Nachbarschaft errichtet zu werden.

Der alte Park gibt den umliegenden Grundstücken in ausgiebiger Weise Licht und Luft, er ist in jeder Beziehung eine seltene Schönheit seiner Art, und es wäre nicht scharf genug zu verurteilen, wenn man ihn beseitigte.

Der Luftmörder aus der Lange Straße.

Weitere Vernehmungen, aber keine Geständnisse.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei verstärken den Verdacht, daß der verhaftete Händler Karl Großmann auch die anderen Frauenmorde, die durch die Funde im Engelbecken und im Luisenstädtischen Kanal ans Licht gekommen sind, verübt hat. Beweismaterial, das zur Überführung des Verdächtigen ausreichte, haben alle Nachforschungen und Ermittlungen noch nicht beigebracht. Auch eine Durchsuchung des Laubengrundstücks, das Großmann früher in der Kolonie an der Landsberger Allee besessen hat, lieferte bisher kein neues Beweismaterial.

Großmann wurde gestern nachmittag trotz heftigen Sträubens mit einem Kraftwagen dorthin geführt. Nachdem die Befragung gestern ergebnislos verliefen ist, wird das Laubengrundstück auf Veranlassung der Kriminalpolizei heute umgegraben werden. weilt es immerhin möglich ist, daß Großmann dort irgendwelche Gegenstände oder Leichenteile vergraben haben kann. Von der Laubengrube wurde der Verdacht mit dem Kraftwagen gleich nach dem Schaulause gebracht, wo die Leiche der ermordeten Rittsche obduziert wurde. Auch die Gegenüberstellung mit der Leiche, an der er deren Fesselung demonstrieren mußte, brachte ihn zu keinem Geständnis weiterer Verbrechen. Wie die Obduktion ergab, ist der Tod durch die Knebelung eingetreten. Schwere Verletzungen an diesen Körperstellen zeigen, daß der Mörder aus sadistischen Bewegungen sein Opfer barbarisch zugerichtet hat. Wie schon mitgeteilt wurde, haben sich nacheinander mehrere Mädchen kürzere oder längere Zeit bei Großmann aufgehalten, um bei ihm zu wohnen. Es ist noch nicht gelungen, eines dieser Mädchen zu ermitteln und es hat sich auch noch keines gemeldet. Die Namen der Mädchen will Großmann nicht wissen. Von einer Eise-Baumann erfährt man aus einem Buch, das in der Wohnung gefunden wurde. Von diesem Mädchen behauptet Großmann, daß es mit zwei Koffern aus Mecklenburg hierher gekommen sei.

Verlängerte Polizeistunde und Straßenbahnverkehr.

Die Verlängerung der Polizeistunde für Groß-Berlin erfordert naturgemäß auch eine Ausdehnung des Straßenbahnverkehrs über das jetzt übliche Maß hinaus. Man wird versuchen, entsprechend der Ausdehnung der Polizeistunde auch den Verkehr den Bedürfnissen des Publikums anzupassen. Allerdings sind dabei gewisse Schwierigkeiten im Betrieb zu überwinden, um ein erträgliches Verhältnis zwischen Verkehrsbedürfnis und Rentabilität herzustellen. Die Direktion der Straßenbahn beabsichtigt, zunächst auf den Hauptverkehrsstrecken zu prüfen, in welchem Umfang die Bahnen benutzt werden, um danach einen festen Fahrplan einzurichten. Man will zunächst versuchsweise die Zahl der Züge nicht verstärken, sondern den Verkehr von 10 Uhr abends ab strecken. Die Spätzüge sollen eventuell zunächst aus Gründen der Ökonomie ohne Anhänger fahren. Sollte es sich herausstellen, daß die eingeleiteten Wagen dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprechen, wird sofort eine Verstärkung durch Einleger und Anhänger durchgeführt.

Unterwerf Vollenalliance-Plan.

Neben dem bereits seit längerer Zeit in Angriff genommenen Tunnelbau der Nord-Südbahn entsteht auf der östlichen Hälfte des Vollenalliance-Plan jetzt ein weiteres großes unterirdisches Bauwerk, das zur Aufnahme einer Unterstation für den Betrieb der Nord-Südbahn erforderlich wird. In der gleichen Ebene liegend, wie die Sohle des Tunnels, wurden gleichzeitig mit dem Bau der Maschinenhalle auch die Fundamente für die zur Aufstellung gelangenden Maschinen hergestellt. Hierzu sind umfangreiche Ausgrabungen erforderlich, die bis zu einer Tiefe von rund 10 Metern hinabgeführt werden müssen. Insgesamt werden für die Herstellung der Unterstation rund 8000 Kubikmeter Boden ausgehoben werden müssen. Die Schachtarbeiten sind

bereits vor einiger Zeit in Angriff genommen worden und werden voraussichtlich in der Mitte des nächsten Monats beendet sein können, so daß noch in diesem Jahre mit der Fertigstellung des Unterwerkes gerechnet werden kann.

Gott mit der Schupo.

Warum haben Berliner Schuppolisten am Koppel noch ein Abzeichen aus monarchistischer Zeit? Auf dem Koppel steht man eine Königskrone, umgeben von der Aufschrift: „Gott mit uns“. Dem ehemaligen Träger der preussischen Krone hat sein „Gott mit uns“ nichts geholfen. Soll die Beibehaltung des Spruches am Koppel des Schuppolisten bedeutend, daß Gott mit der Schupo sei? Das werden wohl bei der Schupo selber nicht glauben. Der Schuppolist verläßt sich lieber auf Revolver, Karabiner, auf Handgranaten und Maschinengewehre.

Gartenbauausstellung.

Der Gauderband Groß-Berlin des Reichsverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands, früher Verband der Laubengärtner, veranstaltet den 4. bis Dienstag, den 6. Sept., seine diesjährige 15. Ausstellung der in den Laubengärten und Kleingärten gewonnenen Produkte. In diesem Jahr ist durch das bereitwillige Engagements des Berliner Magistrats die große Glasierthalle des Zentralviehhofes für die Ausstellung gewonnen. Zugelassen zur Ausstellung sind sämtliche Kleingärtner Groß-Berlins, selbst wenn sie der veranstaltenden Organisation nicht angehören. Ehrenpreise sind zugewandt: vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Wohlfahrtsministerium, Stadt Berlin usw. Auch der Magistrat Wien, der in hervorragendem Maße das Kleingartenwesen ganz besonders fördert, hat gleichfalls Ehrenpreise zur Ausstellung gespendet.

Eine neue Schiffschiffahrtlinie bis Rienbaum.

Gutem Vernehmen nach soll schon im nächsten Jahre eine schiffbare Verbindung der hinter Alt-Buchhorst bei Grünheide gelegenen märkischen Seen hergestellt werden. Es würde dann für Motor- und Ruderboote möglich sein, von Berlin aus über die Müggel durch acht weitere Seen zu fahren. Die ersten Vorarbeiten zur Verbreiterung der nur meterbreiten Gräben zwischen Möllern, Eilen, Wabernow, Bauern- und Liebenberger See sind bereits im Gange. Ein Konsortium will an den einzelnen Seen größere Restaurationslokale anlegen, deren völliger Mangel auf weiter Strecke bisher die Ausflüger von diesem schönen waldrreichen Gebiet fernhielt. Nur die Wanderräder scheuten den Weg nicht. Von Alt-Buchhorst bis Liebenberger Mühle soll eine besondere Motorbootlinie eingerichtet werden. — Leider ist auch von einer neuen Naturverschönerung in jener Gegend zu berichten. Die Kieslager rechts vom Möllensee, die vor acht Jahren zur Abholung weiter Forstbestände und zur Anlage mehrerer Stichlande führten, haben den Erwartungen nicht entsprochen, da der Kies erst 8 bis 9 Meter unter dem Niveau liegt und wenig ergiebig ist. Es ist daher die Abholung weiterer Waldgebiete der Raderdorfer Forst in Aussicht genommen.

Obstblüte im Spätkommer. Der zweite Trieb, der in heißen Tagen um die Zeit des Spätkommers bei manchen Bäumen austritt, ist diesmal auch an Obstbäumen zu beobachten. Apfelbäume und Pfäusendäume beginnen zum zweiten Male zu blühen. In Niederhörsdorf steht auf einem Gartengrundstück der Wismarstraße ein stattlicher Apfelbaum, der sich bis zum Gipfel hinauf mit Blüten bedeckt hat. Im Frühjahr hatte er diesmal nur spärlich geblüht und Früchte legte er dann gar nicht an. Jetzt will er nachholen, was er versäumt hat. Besterleibt könnte die Berliner noch das Vergnügen haben, Herbstblütenfahrten nach Werder zu machen. Am Ende ernten wir dann im Oktober nochmal Äpfel und — um Weibchen frische Kiepel.

Der Berliner Generaldirektor für Städtebau. Die städtische Siedlungsdeputation hat dem Berliner Magistrat für die Belegung des Postens eines Generaldirektors für Städtebau und Siedlungswesen an erster Stelle den Stadtbaurat Dr. In. Heinrich Hoehe in Hamburg a. d. Elbe und den Stadtbaurat Friedrich Zollinger in Marburg vorgeschlagen. Der Magistrat Berlin beabsichtigt die Wahl in einer seiner nächsten Sitzungen vorzunehmen.

Dachstuhlbrand in der Kameruner Straße. Die Berliner Feuerwehr hatte heute abends mehrere gefährliche Brände zu löschen. U. a. ein größeres Feuer in der Kameruner Straße 56, wo der Dachstuhl des Mietshauses heute früh um 9 Uhr in Flammen stand. Die 6. Kompanie war schnell zur Stelle. Es gelang ihr durch straffes Lösen den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. — Im Bahnhof Buttlersbrücke brannte nachts ein Eisenlagerplatz der Firma Gustav Holzapfel in solcher Ausdehnung, daß die 4. und 6. Kompanie viermal alarmiert wurden. Die Entstehung dieser Brände war noch nicht aufzuklären. — Der Schaden, der bei dem Brande auf dem Holzlagerplatz von E. Trombe, Beckstr. 22/23, entstanden ist, übersteigt 60 000 M., wovon indes nur 3000 M. durch Versicherung gedeckt sind. Die Berliner und die Vorortwehren hatten gestern und heute noch eine größere Zahl kleinerer Brände zu löschen.

Gefährliche Einstellorten zum „Philharmonischen Orchester“. welche nach Ansicht des Gerichts nur durch eine Beteiligung der in der „Philharmonie“ tätigen Angestellten ermöglicht werden konnten, führten den Privatlehrer Fritz Müller gestern vor die Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte gelländlich aus alten entwerteten Eintrittskarten durch Zusammenkleben, Rasuren und Fälschungen des neuen Datums Eintrittskarten hergestellt und verkauft. — Das Gericht brachte in dem Urteil zum Ausdruck, daß die Hauptschuldigen offenbar unter den Angestellten der „Philharmonie“ zu suchen seien und verurteilte den Angeklagten, der sich in Not befunden hatte, nur zu 3 Monaten Gefängnis bei bedingter Begnadigung.

Die Reichs-Zentrale für Seidenanin-Wirtschaft (Bergstr. 19) weist auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Seidenanin-Wirtschaft hin, die besonders darin liegt, daß sie erstens den Export außer dem Erbs an Fleisch und Fett durch die Gewinnung einer sehr schätzbaren Nebeneinnahme verschafft, zweitens der Industrie in absehbarer Zeit regelmäßig größere Mengen Wolle zuführt, um dadurch in der Wolleinfuhr unabhängiger vom Ausland macht, drittens die Allgemeinheit mit Fleisch und Seidenanin-Stücken versorgen kann, denn es steht fest, daß das Angorahaar infolge seiner Weichheit und Feinheit, seiner Leichtigkeit und schneeweißen Farbe für die Textilindustrie besonders wertvoll ist. Für Angorahaarwolles zählt die Reichs-Zentrale für Seidenanin-Wirtschaft die höchsten Preise und tauscht außerdem reihweise Ware gegen Strickwolle besser Qualität, schwarz und grau, oder gegen hochwertige Damenkleiderstoffe in modernsten Farben um. Diese Vergünstigungen werden jedoch nur an Züchter gewährt, welche die bei ihnen anfallende Wolle regelmäßig an die Reichs-Zentrale für Seidenanin-Wirtschaft abliefern.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken, thermisch, aber am Tage warm bei mäßigen östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Tiergarten. Die für Mittwoch, den 24. August, abends 7 Uhr, in der Dortheimstraße, im Hotel „Kaiserhof“ (Str. 2, 3. Stock) stattfindende Sitzung.
2. Kreis Tiergarten. Die für Donnerstag, den 25. August, abends 7 Uhr, in der Dortheimstraße, im Hotel „Kaiserhof“ (Str. 2, 3. Stock) stattfindende Sitzung.
3. Kreis Tiergarten. Die für Freitag, den 26. August, abends 7 Uhr, in der Dortheimstraße, im Hotel „Kaiserhof“ (Str. 2, 3. Stock) stattfindende Sitzung.
4. Kreis Tiergarten. Die für Samstag, den 27. August, abends 7 Uhr, in der Dortheimstraße, im Hotel „Kaiserhof“ (Str. 2, 3. Stock) stattfindende Sitzung.

Kaufe ständig zu höchsten Preisen

Gold - Platin - Silber - Münzen

Bruch Ketten Ringe Uhren

Neuhaus, Roßstr. 8 Nähe Spittelmarkt
Einkauf nur im Laden, nicht im Hof